KRIEGSVERBRECHEN

„Über allem Recht“

Axel Hagedorn, 53, deutscher Anwalt von rund 6000 Hinterbliebenen der Opfer des Srebrenica-Massakers, über den umstrittenen Freispruch für die Niederlande

SPIEGEL: Das Landgericht in Den Haag hat vergangene Woche die Klage der Hinterbliebenen von vier Bosniern abgewiesen, die 1995 beim Massaker von Srebrenica von Serben umgebracht worden waren. Über 8000 Menschen starben damals. Niederländische Uno-Blauhelme unter Führung von Thomas Karremans ließen dies in ihrer Schutzzone zu, aber niemand soll nun schuld gewesen sein – ist der Fall damit erledigt?
Hagedorn: Im Gegenteil. Srebrenica war das größte Massaker in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg, an ihm lässt sich klären, ob die Vereinten Nationen über allem Recht schweben oder nicht. Am Ende steht die Glaubwürdigkeit der Uno auf dem Spiel. Bei dem jetzigen Urteil ging es allein um Einzelschicksale – die Kollegen einer anderen Kanzlei hatten ausschließlich den niederländischen Staat verklagt. Das Gericht hat entschieden, die Holländer seien nicht zuständig, weil ihre Soldaten unter dem Kommando der Vereinten Nationen standen. Das war leichtes Spiel für die Richter.
SPIEGEL: Wie wollen Sie es ihnen schwerer machen?
Hagedorn: Wir vertreten 6000 Angehörige, und damit geht es um fast alle Opfer des Massakers. So kommt auch das Völkermord-Argument auf den Tisch. Vor allem aber klagen wir nicht nur gegen die Niederlande, sondern zudem gegen die Vereinten Nationen.
SPIEGEL: Vor zwei Monaten hat dasselbe Gericht auch Sie abblitzen lassen. Das Hauptargument: Die Uno könne man nicht verklagen, weil sie sich in ihrer eigenen Charta Immunität zugesichert habe.
Hagedorn: Durch diese beiden Urteile so kurz hintereinander sieht nun jeder, dass es ein perverses Ergebnis wäre, wenn sich alle Beteiligten der Justiz entziehen würden. Das werden sie auch nicht können. Denn es gibt eine Grenze für die Immunität der Uno. Wenn die Beteiligung von Blauhelmen an einem Völkermord diese Linie nicht überschreitet – was denn dann?
SPIEGEL: Aber die Uno ist noch nie juristisch belangt worden.
Hagedorn: Sie sichert sich in ihrer „Convention on Privileges“ von 1946 Immunität zu, verpflichtet sich dort jedoch auch, eine eigene Gerichtsbarkeit aufzubauen. Das hat sie in den letzten 62 Jahren vollkommen versäumt.
SPIEGEL: Glauben Sie, man kann die Vereinten Nationen zwingen, das nachzuholen?
Hagedorn: Wir müssen erst den nationalen Rechtsweg einhalten, mit Berufung und Revision, dann ziehen wir gegebenenfalls vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Für die dortigen Richter haben wir eine klar umrissene Frage: Genießt die Uno absolute Immunität auch bei Völkermord und solange sie keinen alternativen Rechtsgang aufgebaut hat? Wir werden das Verfahren vielleicht in den Niederlanden nicht gewinnen – aber dann eben in Europa.

HOLLANDSE HOOGTE/LAIF (O.); SIPA PRESS (R.)

Serbenführer Mladić (l.), Karremans (2. v. r.) im Juli 1995

Swing States

Der US-Präsident wird von 538 Wahlmännern bestimmt. In fast allen Bundesstaaten wird mit der einfachen Mehrheit der Wählerstimmen für den Kandidaten votiert. Besonders heiß umkämpft sind daher die Staaten, in denen Demokraten und Republikaner fast gleichauf liegen. Der SPIEGEL stellt sie vor. Diesmal: Colorado.

Seit 100 Jahren haben es die Demokraten nicht mehr gewagt, ihren Nominierungsparteitag auch nur in der Nähe der Rocky Mountains abzuhalten; die Bergstaaten im Westen der USA gelten als Hochburgen der Konservativen. Doch die Partei von Barack Obama hatte gute Gründe, ihren Champion in Denver, Colorado, zu krönen. Der einstige Cowboy- und Soldatenstaat – die US-Luftwaffenakademie ist in Colorado Springs beheimatet – wandelt sich rasch durch den Zuzug vor allem von Hispanics und Kalifornien. Alteingesessene Westerner maulen, ihr Staat sei zu einer Art Kolonie von Abwanderern aus Los Angeles verkommen, die mit ihren protzigen, architektonisch zweifelhaften Chalets die heimische Bergwelt verschandeln. Die neuen Krösusse aus der inzwischen hier florierenden Computer- und Internet-Industrie, deutlich liberaler als die eher traditionsverbundenen Bergbau- und Viehzuchtbarone, haben zudem die Wahlkämpfe lokaler Demokraten finanziert, und plötzlich war das Unerhörte geschehen: Demokraten beherrschen das Staatsparlament und den Amtssitz des Gouverneurs. Hinzu kommt: Das lange Zeit ungebrochene Rekordwachstum scheint vorüber; die Arbeitslosigkeit, bisher ein Fremdwort hierzulande, steigt seit eineinhalb Jahren; eine Wende liegt in der Luft. Doch noch kann Obama den Staat nicht fest für sich verbuchen. John McCain, der Senator aus dem Wüstenstaat Arizona, genießt auch in Colorado beinahe Heimvorteil: Seine Forderung nach rascher Erschließung nationaler Energiereserven ist populär in einem Staat mit langen Pendlerwegen, die zudem mit Vorliebe in spritfressenden Geländewagen zurückgelegt werden. Und seit der Republikaner die ebenso gottesfürchtige wie elchmordende Gouverneurin von Alaska zu seiner Vizekandidatin ernannte, laufen ihm auch wieder die in Colorado außergewöhnlich zahlreichen christlichen Fundamentalisten zu, die den eigenwilligen McCain bis dahin eher skeptisch betrachtet hatten.

Colorado

Einwohner:	**4,9** Mio.
Nichtweiße:	**0,7** Mio.
Pro-Kopf-Einkommen:	**27 750** $
	USA: 25267$
Wahlmänner:	**9** (von 538)

Aktuelle Umfrage in Colorado

49 % Barack Obama

46 % John McCain

Insider Advantage/Poll Position vom 9./10. Sept.